

17. April 2020

An
Herrn Lorenz Deutsch, MdL
Sprecher für Kulturpolitik der FDP-Fraktion im Landtag NRW

per e-mail: Lorenz.Deutsch@Landtag.nrw.de

Betr.: Ihr Offener Brief vom 23. 3. 2020 an die Intendantin der Ruhrtriennale

Sehr geehrter Herr Deutsch,

Folgendes schreibe ich Ihnen sowohl aus persönlichem Antrieb – als jüdischer Sohn von Überlebenden der nazi-deutschen Judenvernichtung, der die moralische Botschaft und die ethischen Werte der jüdischen Tradition in Ehren hält – als auch, in direkter Folge davon, in meiner Eigenschaft als Gründer (u. a. mit Rupert Neudeck) und Vorsitzender des *Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e. V.*

Ihre Stellungnahme habe ich mit großem Unbehagen gelesen.

1) Antisemitismus

Sie schreiben in Ihrem Offenen Brief, die BDS-Bewegung sei „in ihrem Kern“ antisemitisch, da sie durch Dämonisierung, Delegitimierung und Desinformation auf die Beendigung von Israels Existenz ziele.

Wie kommen Sie zu Ihrem Urteil?

Etwa durch das in der Resolution des Landtags NRW vom 11. 9. 2018 beispielhaft benannte Ereignis (nachdem es davor von manchen Medien hochgepusht worden war) in dem kleinen Seminarraum der Humboldt-Universität, als eine rechtsgerichtete israelische Knessetabgeordnete von BDS-Anhängern durch Zwischenrufe (u. a. „Apartheid“) am Reden gehindert wurde? Das soll antisemitisch gewesen sein? Diese zwischenrufenden BDS-Anhänger waren in Berlin lebende israelische Juden. Und ja, es saß eine "Holocaustüberlebende" neben der Knessetabgeordneten, möglicherweise (ich weiß es nicht) mit deren politischer Ansicht sympathisierend. Darf man solche Menschen nicht anschreien? Glauben Sie, ich hätte den spärlichen Teil meiner Verwandtschaft, der die Judenvernichtung überlebt hatte, einschließlich meiner Eltern, als Kind, Jugendlicher und Erwachsener stets nur im Flüsterton angesprochen? Die Bezeichnung dieses Ereignisses als „antisemitisch“ ist Bildzeitungs-Propagandaquatsch. Es handelte sich vielmehr um einen heftigen politischen Disput unter jüdischen Menschen.

Haben Sie den Brief von 240 jüdischen Akademikern an den Deutschen Bundestag zur Kenntnis genommen, in der wir von dieser unsinnigen Klassifizierung der BDS-Bewegung als antisemitisch abrieten? Sind WIR, die wir diesen Brief unterzeichnet haben, die Antisemiten? Und

Sie sind derjenige, der darüber entscheidet, welche Juden antisemitisch sind und welche nicht?

Ist Ihnen bekannt, dass u. a. Jewish Voice for Peace, in der Zehntausende linksliberale US-amerikanische Juden organisiert sind, BDS direkt unterstützt? Sind das alles Antisemiten? Ist Ihnen bekannt, dass der traditionalistisch-extreme Rand der jüdischen Orthodoxie Israel als Häresie verflucht und daher boykottiert? Sind diese Zehntausende Satmarer Chassidim Antisemiten? Und die FDP-Politiker sind diejenigen, die darüber entscheiden, welcher Jude antisemitisch ist und welcher nicht? In welche moralischen Höhen fantasieren sich hier in Deutschland die Kinder und Enkel der Nazi-Verbrecher und Mitläufer hinauf? Was findet hier für ein absurder Rollentausch statt?

Ist Ihnen bekannt, dass alle empirischen Befunde zu deutschen Unterstützern der palästinensischen Sache - von moderat bis BDS-radikal - besagen, dass diese von menschenrechtlicher Motivation getragen sind?¹ Das sollen Antisemiten sein?

Meine Eltern wären glücklich gewesen über solche "Antisemiten" - die hätten ihnen nämlich geholfen! Das kann ich mit voller Überzeugung sagen, aus meiner Kenntnis einer ganzen Reihe von BDS-Unterstützern. Bei manchen, die sich heutzutage als die großen Antisemitenjäger darstellen, wäre ich mir dagegen nicht so sicher; meiner Meinung nach haben viele von diesen eine Mitläufer-Mentalität.

2) Anti-BDS-Proklamationen sind Nebelkerzen zum Schutz des israelischen Unrechts

Es geht doch in Wahrheit gar nicht um eine realitätsnahe Einschätzung von BDS. Vielmehr ist der Sinn solcher Papiere wie der Resolution des Landtags NRW vom 11.9.18 und auch Ihrer neusten Intervention, dass es die langjährige Praxis öffentlich-rechtlicher Stellen decken soll, sich abseits menschenrechtlicher Erwägungen auf internationaler Ebene für ein enges Verhältnis zu Israels nationalistischer Regierung und auf lokaler Ebene zu jüdischen Funktionären einzusetzen, auch wenn diese die Orbán/Trump/AfD-Politik der israelischen Regierung unterstützen. Beispiele aus meinem Leben, die sämtlich nichts mit BDS zu tun haben:

- März 2011, Berlin: der Regierende Bürgermeister sagte einen Tag vor dem Ereignis seine Teilnahme an der Verleihung des Otto-Hahn-Friedenspreises an Daniel Barenboim ab; er stehe auch nicht für einen Ersatztermin zur Verfügung. Ich war der Laudator.
- Mai 2013, Budapest: Mein Vortrag an der deutschsprachigen Andrássy-Universität wurde vom Rektor abgesagt, aufgrund des Telefonanrufs eines Herrn Ilan Mor, der „als Privatmann“ interveniert hatte (im Berufsleben damals israelischer Botschafter in Ungarn).
- März 2015, Hechingen: Auf Intervention der Israelitischen Kultusgemeinde Stuttgart durfte ich auf Einladung des Vereins der Freunde der Alten Synagoge meinen Vortrag nicht in der (wunderschönen) Alten Synagoge in Hechingen halten; wir wichen in einen größeren Versammlungssaal aus, der vom interessierten Publikum überfüllt war.
- Juni 2015, Neuss: Auf Intervention der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf setzte der Neusser OB im Januar 2015 eigenmächtig eine Vortragsreihe „Nahost“ der VHS Neuss ab. Der Kulturausschuss der Stadt machte aber daraufhin diese Entscheidung rückgängig, sodass ich im Juni 2015 dort vortragen konnte.
- Oktober 2019, Mannheim: Ein im Juni 2019 im städtisch bezuschussten Jugendzentrum vorgesehener Vortrag wurde von der Leitung der Einrichtung abgelehnt. Mit Rücksicht auf

¹ S. insbesondere die große DFG-finanzierte Studie von Wilhelm Kempf: Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee: Eine Spurensuche. Berlin: Regener, 2015.

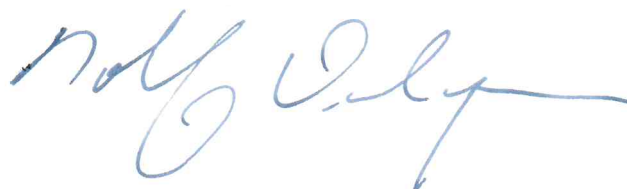
die Jüdische Gemeinde Mannheim lehnte im September 2019 auch das Leitungsgremium des kirchlich-ökumenischen Bildungszentrums sanctclara ab, mich als Referenten im Haus zu haben. Der Versammlungsraum des Hotels, in das wir dann im Oktober 2019 auswichen, war überfüllt.

Wie gesagt, all diese Probleme haben überhaupt nichts mit BDS zu tun. Beispielsweise bei meinem Mannheimer Vortrag fiel das Wort „BDS“ zum ersten Mal anderthalb Stunden nach Veranstaltungsbeginn, in der Mitte der Diskussion, bei der Frage, wieso ein so interessanter und wichtiger Vortrag denn in Mannheim solche Schwierigkeiten hatte.

Der Kampf gegen den Popanz BDS ist vielmehr nur die Nebelkerze, mit dem liberal-demokratisch denkende Menschen dazu gebracht werden sollen, die radikalnationalistische Politik der israelischen Regierung kritiklos abzunicken. Das sieht man an den Schwierigkeiten, die ich aufgelistet hatte, ebenso an den Schwierigkeiten, die politischen Freunden von mir, wie den Jüdinnen und Juden Judith Bernstein, Nirit Sommerfeld, Abraham Melzer oder jahrzehntelangen Friedenskämpfern wie Andreas Zumach und Norman Paech gemacht werden. Hier wird das Grundrecht auf Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit im Namen des Kampfes gegen angeblichen Antisemitismus bekämpft, und an vorderster Front dieser anti-liberalen Bewegung steht Ihre Partei, die FDP, die hier offenbar eine Marktlücke sieht, denn politische Sympathien für die israelischen Radikalnationalisten haben sonst nur deren Gesinnungsfreunde Orban, Bolsonaro, Trump und in Deutschland die AfD: Hier nun kann die FDP in dieser Frage genauso rechts-außen sein wie die AfD und sich dabei für ein liberales Publikum dadurch glaubwürdiger als die AfD gebärden, indem sie so tut als zöge sie damit die Lehren aus dem Nationalsozialismus.

Natürlich machen Sie damit Deutschland zum Gespött der Intellektuellen und Künstler auf der Welt, auch der jüdischen. Die Unterschriftenliste gegen den Rückzug des Nelly-Sachs-Preises an Kamila Shamsie liest sich wie ein Who is Who der angelsächsischen Kulturszene. Bekanntlich haben auch die Menschenrechtsberichtersteller der Vereinten Nationen bei der Bundesregierung kritisch wegen der Bundestags-Anti-BDS-Resolution nachgefragt. Selbstverständlich ist all das nicht mit einem liberalen demokratischen Rechtsstaat vereinbar. Es ist eine Schande für Deutschland, und es wird dem Antisemitismus in Deutschland Auftrieb geben, denn wenn man – wie Sie es mit Ihrem Eingangszitat der jungen US-Journalistin Bari Weiss tun – den Kampf für Menschenrechte mit Antisemitismus gleichsetzt, dann wird „Antisemit“ eben irgendwann zum Ehrentitel werden. Ich finde das sehr betrüblich; Sie und Ihre politischen Freunde tragen dafür die Verantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Nelly Sachs'.